

Stand: 18.04.2026 10:47:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8464

"Anlasslose Chatkontrolle stoppen - Digitalpolitik verantwortungsvoll gestalten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8464 vom 15.10.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8514 vom 16.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 60 vom 16.10.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Holger Dremel, Petra Guttenberger, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Martin Wagle, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Steffen Vogel, Peter Wachler CSU

Anlasslose Chatkontrolle stoppen – Digitalpolitik verantwortungsvoll gestalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt das anlasslose Durchleuchten von Messengerdiensten entschieden ab.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer verantwortungsvollen Digitalpolitik weiterhin gegenüber Bund und EU für den Schutz der Privatsphäre in der digitalen Kommunikation einzusetzen. Der CSAM-Verordnungsentwurf der EU-Kommission bedarf daher dringend einer kritischen Überprüfung und Nachbesserung unter sorgfältiger Abwägung der betroffenen Grundrechte.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zugleich weiterhin dafür einzusetzen, im Verdachtsfall im Kampf gegen Kinderpornografie alle grundrechtlich möglichen Spielräume auszuschöpfen, um kinderpornografische Inhalte frühzeitig zu entdecken und zu entfernen.

Begründung:

Die EU-Kommission hat im Mai 2022 einen Verordnungsentwurf zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vorgelegt („CSAM-Verordnung“). Die Betreiber von Messengerdiensten sollen auf eine sogenannte behördliche Aufdeckungsanforderung hin sämtliche Kommunikation – Textnachrichten, Bilder, Videos, Sprachnachrichten und Links – auf kinderpornografische Inhalte hin durchsuchen müssen.

Dieser Vorschlag stellt in Teilen einen massiven Grundrechtseingriff dar. Vertrauliche Kommunikation von Berufsgeheimnisträgern wie Rechtsanwälten, Ärzten oder Journalisten würde der Überwachung durch Dritte unterliegen. Betroffene würden von einer Nutzung bislang sicherer Messengerdienste abgeschreckt und insofern in ihrer Kom-

munikationsfreiheit eingeschränkt. Hinzu kommt, dass die Technologien zur Massenüberwachung fehleranfällig sind und insoweit auch unbescholtene Nutzer unter falschen Verdacht geraten würden. Zudem ruft die Durchbrechung der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung Sicherheitsrisiken hervor. Von der technischen Möglichkeit des Auslesens von Inhalten auf dem Endgerät („Client-side Scanning“) sollte allenfalls sehr eingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Im Gesetzgebungsverfahren hat das EU-Parlament bereits im November 2023 nachgebessert und die anlasslose Überwachung abgelehnt. Die EU-Mitgliedstaaten konnten sich bislang nicht auf eine gemeinsame Position verständigen. Zwar lehnt die Bundesregierung eine Chatkontrolle ab, die amtierende EU-Ratspräsidentschaft treibt jedoch anlasslose Überwachung und Client-side Scanning voran. Die Gefahr einer nicht grundrechtskonformen EU-Regelung ist daher noch nicht gebannt.

Es muss dabei bleiben, dass in private Kommunikation nur bei konkretem Verdacht und nur mit richterlicher Genehmigung eingegriffen werden darf. Anstelle von schrankenloser Überwachung braucht es wirksame Instrumente für die Bekämpfung und Vermeidung von sexuellem Missbrauch von Kindern in ganz Europa. Bayern geht mit dem Zentrum zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch im Internet (ZKI) unter dem Dach der Zentralstelle Cybercrime Bayern bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg voran.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Holger Dremel, Petra Guttenberger, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Martin Wagle, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Steffen Vogel, Peter Wachler CSU

Drs. 19/8464

Anlasslose Chatkontrolle stoppen – Digitalpolitik verantwortungsvoll gestalten!

Der Landtag lehnt das anlasslose Durchleuchten von Messengerdiensten entschieden ab.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer verantwortungsvollen Digitalpolitik weiterhin gegenüber Bund und EU für den Schutz der Privatsphäre in der digitalen Kommunikation einzusetzen. Der CSAM-Verordnungsentwurf der EU-Kommission bedarf daher dringend einer kritischen Überprüfung und Nachbesserung unter sorgfältiger Abwägung der betroffenen Grundrechte.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zugleich weiterhin dafür einzusetzen, im Verdachtsfall im Kampf gegen Kinderpornografie alle grundrechtlich möglichen Spielräume auszuschöpfen, um kinderpornografische Inhalte frühzeitig zu entdecken und zu entfernen.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Tobias Beck

Abg. Jörg Baumann

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Horst Arnold

Abg. Petra Guttenberger

Staatsminister Dr. Fabian Mehring

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Holger Dremel, Petra Guttenberger, Thomas Huber u. a. (CSU)

Anlasslose Chatkontrolle stoppen - Digitalpolitik verantwortungsvoll gestalten!

(Drs. 19/8464)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Tobias Beck. Bitte schön.

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher auf der Besuchertribüne! Wir leben in einer Zeit, in der digitale Kommunikation längst Teil unseres Alltags ist. Wir schreiben Nachrichten, führen vertrauliche Gespräche, teilen Bilder und Dokumente, beruflich wie privat.

(Allgemeine Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigung! Bitte etwas mehr Ruhe! Die Gespräche draußen führen! Danke.

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Diese Kommunikation ist die Grundlage von Vertrauen, und Vertrauen ist die Grundlage von Freiheit und Demokratie. Doch genau dieses Vertrauen steht mit der sogenannten Chatkontrolle der CSAM-Verordnung, wie sie die EU-Kommission vorgeschlagen hat, auf dem Spiel. Natürlich, der Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt ist ein zutiefst wichtiges Anliegen. Aber das Ziel heiligt nicht jedes Mittel. Was Brüssel hier vorbereitet, ist nichts weniger als ein digitaler Dammbruch. Messenger-Dienste sollen verpflichtet werden, sämtliche Kommunikation auf Inhalte von Missbrauchsfällen zu durchsuchen – Texte, Fotos, Videos, Sprachnachrichten – alles, auch bei verschlüsselter Kommunikation.

Das bedeutet: Nachrichten können künftig schon auf dem eigenen Gerät durchsucht werden, bevor sie überhaupt abgeschickt werden, das sogenannte Client-Side-Scan-

ning. Damit wird die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, also das digitale Briefgeheimnis, aufgehoben.

Genau das lehnen wir FREIE WÄHLER gemeinsam mit unserem Koalitionspartner entschieden ab. Eine solche Massenüberwachung stellt Millionen unbescholtener Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Das ist unverhältnismäßig, ineffektiv und grundrechtswidrig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Stellen Sie sich einmal vor, die Deutsche Post würde verpflichtet werden, jeden Brief zu öffnen, um verdächtige Inhalte zu suchen. Ich glaube, der Aufschrei wäre riesig, und das zu Recht. Doch genau das droht im digitalen Raum. Private Kommunikation, auch die vertrauliche Kommunikation von Ärztinnen und Anwälten, Journalisten und Seelsorgern, wäre künftig nicht mehr sicher. Das ist ein Angriff auf das Grundrecht auf Privatsphäre, auf das Recht auf vertrauliche Kommunikation. Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat wäre dann sicherlich nicht mehr das, was es jetzt ist.

Aber in Bayern sind wir in gewisser Weise schon ein bisschen weiter. Wir haben in Bayern mit dem Zentrum zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch im Internet unter dem Dach der Zentralstelle für Cybercrime Bayern eine Behörde, die genau das bei uns schon macht und sehr effektiv macht. Wir haben bei uns in der Fraktionsklausur gehört, wie effektiv, wie nachdrücklich die ermitteln können. Das ist ganz wichtig.

Wir fordern: Keine anlasslose Chatkontrolle, keine Aufzeichnung der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, keine Massenüberwachung durch die Hintertür. Stattdessen brauchen wir die gezielten Ermittlungen bei konkretem Verdacht, klare richterliche Kontrolle, internationale Zusammenarbeit und eine Digitalpolitik mit Augenmaß.

Wir dürfen uns nicht einreden lassen, dass wir Grundrechte aufgeben müssen, um Kinder zu schützen. Beides ist meiner Ansicht nach möglich und notwendig. Um es

mit einem Satz zu sagen: Wer die Freiheit aufgibt, um vermeintlich mehr Sicherheit zu gewinnen, verliert am Ende beides. Darum sage ich heute ganz klar: Nein zur Chatkontrolle, Ja zum freien, sicheren und vertrauenswürdigen digitalen Europa.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Jörg Baumann für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Der Rat der Europäischen Kommission plant eine Verordnung, die Messengerdienste dazu zwingt, Inhalte bereits vor der Verschlüsselung auf mögliche sexuelle Missbrauchsfälle zu prüfen und verdächtige Nachrichten an EU-Behörden zu melden, oder wie wir es nennen: die totale Überwachung. Rainer Wendt warnt vor der Gefährdung von Privatheit, Meinungsfreiheit und Demokratie. Signal-Chefin Whittaker droht mit dem Rückzug aus dem europäischen Markt, sollte die Integrität der Verschlüsselung untergraben werden. Die Risiken für die Bürgerrechte sind also eindeutig, und die Kritik ist zu Recht massiv.

Jetzt, kurz vor Torschluss, reagieren viel zu spät die Regierungsparteien. Die FREIEN WÄHLER und die CSU haben heute einen Antrag eingebracht, der diese anlasslosen Chatkontrollen der EU stoppen soll. Auf den ersten Blick mag man applaudieren, doch angesichts der Geschichte dieser Parteien im Bereich Netzpolitik kann man daran nur zweifeln. Vor allem die FREIEN WÄHLER und ihr Digitalminister Fabian Mehring haben stets als treue Befürworter von Zensur und Kontrolle im Netz "geglänzt" – stets unter dem Vorwand, Hatespeech oder Fake News zu bekämpfen. Dass sie nun plötzlich die Freiheit der Bürger schützen wollen, wirkt in höchstem Maße unglaubwürdig. Offenbar hängt dieser Meinungswandel der FREIEN WÄHLER und der CSU mit den hohen Umfragewerten der AfD zusammen.

(Beifall bei der AfD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sicherlich nicht!)

Uns soll es recht sein. Auch hier zeigt sich wieder: AfD wirkt, und zwar, wenn wir durch unsere hohe Umfragewerte die Regierungsparteien zu einem Umdenken und zu einer bürgerfreundlichen Politik zwingen.

Meine Skepsis am Sinneswandel von CSU und FREIEN WÄHLERN ist mehr als nur begründet. Laut Medienberichten druckst Alexander Dobrindt als CSU-Bundesminister des Inneren herum und lehnt die EU-Vorschläge zur Chatkontrolle nicht ausdrücklich ab.

Die FREIEN WÄHLER hatten bereits am 13. Mai 2020 erklärt, man wolle Hatespeech und Fake News bekämpfen und gleichzeitig die Medienkompetenz stärken, ein euphemistischer Deckmantel für Eingriffe in die freie Meinungsäußerung. Im Bayerischen Landtag hieß es 2021, Meinungsfreiheit gelte nur bis zu dem Punkt, an dem Meinungen angeblich Hass und Hetze seien, eine Definition, die jede Regierungskritik treffen kann.

Die Bayern-Allianz gegen Desinformation, initiiert von Digitalminister Mehring im Mai 2024, ist ein unschönes Konglomerat aus Regierungen, Techkonzernen wie Google, Meta und Microsoft sowie Medienhäusern und linken NGOs, das regierungskonforme Narrative durchsetzt. Die Allianz greift massiv in das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ein und schafft eine regierungskonforme Monokultur. Die Bayerische Staatsregierung finanziert "REspect!" mit über 200.000 Euro, obwohl Studien klar zeigen, dass sogenannte Meldestellen und Faktenchecker zum Großteil politisch links voreingenommen sind und von linksliberalen Stiftungen unterstützt werden.

Die AfD hingegen steht seit Jahren konsequent für Freiheit im Netz und für mehr Datenschutz.

(Beifall bei der AfD)

Wir lehnen Bürgerüberwachung, NetzDG, den EU-Digital Services Act, staatliche Meldestellen wie "REspect!" und Faktenchecker ab. Wir fordern das präventive Klagerecht gegen unberechtigte Löschungen, ein Verbot von Shadow Banning und volle Transparenz der Plattformanbieter. Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert jedem Bürger das Recht, sich unabhängig zu informieren und seine Meinung frei zu äußern. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Bürger selbst entscheiden, welche Informationen sie für glaubwürdig halten, ohne dass staatliche oder konzerngetriebene Zensur dies einschränken. Kooperationen von Bund, Land oder EU mit Techkonzernen dürfen niemals zur Unterdrückung regierungskritischer Inhalte führen.

Und dennoch: Wir können dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU inhaltlich zustimmen. Es ist richtig, dass diese anlasslosen Chatkontrollen gestoppt werden. Unsere Erwartungen bleiben klar: Freiheit im Netz, Schutz der Privatsphäre, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung und die unbeeinträchtigte Meinungsäußerung müssen uneingeschränkt gelten, unabhängig von Lippenbekenntnissen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Thema Chatkontrolle geht es nicht um irgendwelche technischen Spitzfindigkeiten. Es geht am Ende um unsere Grundrechte, um das Recht auf private Kommunikation, um Datensicherheit und um das Vertrauen, dass der Staat seine Bürgerinnen und Bürger nicht unter Generalverdacht stellt. Wenn der Staat in private Chats hineinschaut, ohne Anlass, ohne Verdacht, dann ist das ein Bruch mit einem der Grundprinzipien unserer Demokratie. Deshalb ist es richtig, dass wir hier als Parlament heute ein gemeinsames, klares Zeichen setzen. Eine anlasslose Massenüberwachung privater Chats darf es in einem freien Europa nicht geben.

Der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission zur sogenannten Chatkontrolle schießt technisch und rechtlich ganz massiv über das Ziel hinaus. Die Idee, Inhalte schon vor der Verschlüsselung auf dem Endgerät zu durchsuchen, würde am Ende bedeuten, dass jeder Messenger, jede App, jedes Smartphone quasi zur Überwachungssoftware wird. Das ist kein gezieltes Vorgehen gegen Täterinnen und Täter, ganz im Gegenteil: Das ist ein Rundumschlag gegen alle, der am Ende aber die Täterinnen und Täter nicht erwischt, weil die dann auf andere Plattformen abwandern, die sich nicht an die gesetzlichen Vorgaben halten. Deswegen ist es wichtig und richtig, dass wir als Landtag diesem Vorgehen ganz klar entgegentreten. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, eines muss ich schon ganz klar sagen: Die Debatte ist ein Spiegel der Verantwortung, die wir in Europa haben. Der Vorschlag kommt nicht von irgendwoher. Er kommt aus der EU-Kommission, von Ihrer EVP, von der CSU, die sich auf Europaebene ganz massiv für diese Massenüberwachung einsetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sich in Bayern lautstark gegen Überwachung einsetzen, dürfen Sie sich in Brüssel nicht hinter der eigenen Parteifreundin verstecken. Wer Freiheit predigt, muss sie auch dort verteidigen, wo die eigene Partefamilie sie infrage stellt. Wir sollten uns klarmachen, wohin eine solche Logik am Ende führt. Autoritäre Regime überwachen ihre Bürgerinnen und Bürger und begründen das immer mit dem Aspekt angeblicher Sicherheit. Damit zerstören sie am Ende aber schrittweise das Fundament der Freiheit. Wir kritisieren das zu Recht in anderen Teilen der Welt, in China, in Russland oder im Iran. Wenn wir als Europa glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir die Maßstäbe, die wir an andere ansetzen, auch bei uns selber anlegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Freiheit ist am Ende kein Schönwetterrecht. Sie gilt auch dann, wenn sie unbequem ist. Dann muss sie ebenfalls verteidigt werden.

Für uns ist deshalb ganz klar: Eine starke Verschlüsselung schützt Journalistinnen und Journalisten, sie schützt Ärztinnen und Ärzte, sie schützt Anwältinnen und Anwälte, und sie schützt Unternehmen. Sie schützt übrigens auch unsere Kinder und verhin-

dert, dass ihre Daten in falsche Hände geraten. Wir wollen den Schutz von Kindern, aber rechtsstaatlich gezielt und vor allem effektiv durch geeignete, gut ausgestattete Ermittlungsbehörden und Methoden, durch internationale Zusammenarbeit sowie durch Prävention und auch eine Stärkung der Rechte von Betroffenen. Den Schutz von Kindern wollen wir aber ganz sicherlich nicht durch Massenüberwachung und Grundrechtseinschränkungen. Sicherheit entsteht am Ende nicht durch Überwachung, sondern durch eine starke und sichere Verschlüsselung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt, aber auch vor Missbrauch ist eine elementare Triebfeder der Rechtspolitik, der Sozialpolitik und unserer sozialdemokratischen Partei. Unter diesem Deckmantel kann viel geschehen. Es darf jedoch nicht geschehen, dass wir das Fundament unserer Gemeinschaft, nämlich die Grundrechte und den Rechtsstaat, außer Acht lassen und abbauen. Diese Situation wäre jedoch mit diesem Alibi-Konstrukt gegeben. Es wird vorgeschlagen, dass anlasslos jede Kommunikation in Messengerdiensten untersucht und durchsucht werden kann. Das ist eine Gefahr für den Rechtsstaat und eine Gefahr für unser Gemeinwesen. Deswegen ist dieser Antrag auch richtig formuliert. Er muss in dieser Ernsthaftigkeit weiterverfolgt werden.

Wir haben auch das Problem, dass technische Möglichkeiten immer mehr zunehmen. Bei dem zu erwartenden Datenfluss ist selbstverständlich auch KI einzusetzen. Wir weisen darauf hin, dass Fehlerquoten und Falschverdachte in Bezug auf KI nicht unerheblich sind und dadurch Stigmatisierung und falsche Verdächtigungen erfolgen. Das kann nur vor dem Hintergrund, Gewalt gegen Kinder bzw. sexualisierte Gewalt zu verhindern, nicht unser Anliegen sein.

Probleme gibt es auch für Geheimnisschutzträger wie Ärzte, Abgeordnete oder Rechtsanwälte. Es besteht keinerlei Möglichkeit, dort Sicherheit zu schaffen. Deswe-

gen ist auch das äußerst bedenklich. Wir müssen Instrumente schaffen, die es dem Staat ermöglichen, diese Art von Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Zwar sollte eine Durchsuchung von Messengerdiensten möglich sein, aber dann mit Anlass, mit Verdacht und mit richterlichem Beschluss. So gehört sich das. Diese Grundregeln werden erstaunlicherweise von der EU und der Kommission vollkommen außer Acht gelassen. Das heißt aber nicht, dass diese Institution untauglich ist. Jedoch muss auch diese Institution in die Schranken gewiesen werden. Das tun wir auch. Wir weisen sie in die Schranken, indem jetzt tatsächlich parteiübergreifend Widerstand laut wird. Das geht so nicht. Es sollte nicht auf der Grundlage eines Generalverdachts alles durchsucht werden. In diesem Fall ist eine Angemessenheit notwendig.

Wir bringen es auf den Punkt. Wir haben uns oft dem Verdacht auszusetzen, dass es in der neuen Bundesregierung Uneinigkeiten gibt. Es ist auch schon angesprochen worden, dass Herr Kollege Dobrindt sich nicht hundertprozentig gegen diese Richtlinie und für diesen Antrag ausspricht. Das kann dahingestellt bleiben. Die Einigkeit, die wir jetzt zeigen, ist maßstabsbildend. Um mit den Worten unserer Bundesjustizministerin Hubig zu sprechen: Anlasslose Chatkontrolle ist und bleibt in der Bundesrepublik Deutschland ein Tabu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächste die Kollegin Petra Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Mai 2022 hat die EU-Kommission diesen Verordnungsentwurf, über den wir heute diskutieren, beschlossen. Im ersten Aufschlag hat er keine Mehrheit gefunden. Aber der nächste Termin ist bereits für Anfang Dezember anberaumt. Die Verordnung sieht vor, dass die Betreiber von Messengerdiensten wie WhatsApp oder Signal ohne einen Anlass aufgefordert werden können, sämtliche Kommunikation auf kinderpornografische Inhalte hin zu durchsuchen. Der Schutz von Kindern und Ju-

gendlichen ist ein sehr wichtiges Anliegen. In diesem Punkt stimme ich mit Herrn Kollegen Arnold voll überein. Wir müssen alles dafür tun, um den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen wirksam zu bekämpfen. Wir brauchen dafür wirksame Ermittlungsinstrumente und Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden.

Uns ist es deshalb wichtig, dass Verkehrsdaten aufgrund von digitalen oder analogen Hinweisen gespeichert werden und mit einem richterlichen Beschluss eingesehen werden können. Vorher muss eine verpflichtende Speicherung stattfinden, weil sonst nichts eingesehen werden kann. Wir unterstützen Bundesinnenminister Alexander Dobrindt ausdrücklich dabei, dass er auf Bundesebene mit Nachdruck die Umsetzung des Koalitionsvertrages einfordert, um eine Verkehrsdatenspeicherung in einer verhältnismäßigen und in einer europa- und verfassungsrechtskonformen Art und Weise für IP- und Portnummern durchzuführen.

(Beifall bei der CSU)

Gerade diese Speicherung von Verkehrsdaten ist nicht nur der wichtigste, sondern oftmals auch der einzige Ansatz, um erfolgreich derartige Straftaten verfolgen zu können. Deshalb ist die Einführung einer Regelung zur Verkehrsdatenspeicherung auch von evidenter Bedeutung für eine effektive Strafverfolgung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine anlasslose Kontrolle jeglichen Kommunikationsverkehrs im Netz geht aus unserer Sicht nicht.

(Beifall bei der CSU)

Mit einem solchen Ansatz tritt man die Grundrechte jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin mit Füßen. Lieber Herr Kollege Adjei, dass dies die EVP getan haben soll, würde ich doch eher in die große Schublade der Fake News einordnen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie solche Aussagen wiederholen, werden sie dadurch nicht wahr. Eigentlich zeigen Sie, worum es Ihnen an dieser Stelle geht. Ihnen geht es nicht darum, den einzelnen Bürger in seiner Privatsphäre zu schützen, sondern Ihnen geht es wieder um Campaigning. Ihnen geht es hier wieder darum, die EVP und die Ihrer Meinung nach für Sie nicht kommoden Parteien komisch dastehen zu lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch das machen wir nicht mit, deshalb die Klarstellung.

Jedenfalls sind wir der Ansicht, dass die digitale Kommunikation genauso wie die nicht digitale Kommunikation zu schützen ist. Deshalb sagen wir klar: Keine anlasslose Durchsuchung von Chatnachrichten. In diesem Sinne werden wir uns für diesen Antrag aussprechen und würden uns freuen, wenn viele unserem Beispiel folgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Adjei vor. Bitte schön.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin Guttenberger, Sie haben mich direkt angesprochen. Sie haben gefragt, wo sich denn die EVP dafür einsetzen würde. Ich weiß nicht, ob Ihnen der zuständige Kommissar Magnus Brunner von der ÖVP, Ihrer österreichischen Schwesterpartei, etwas sagt. Er hat diesen Entwurf federführend verantwortet. Ich war erst am Dienstag in Brüssel und habe dort mit einer leitenden Mitarbeiterin aus der Kommission gesprochen und das Thema Chatkontrolle angesprochen. Sie hat noch einmal ganz klar betont, dass sie das richtig und wichtig findet. Sie hat auch betont, dass sie die Chatkontrolle beibehalten wollen und vor allem auch wollen, dass Deutschland dem Ganzen zustimmt, und wir dafür unbedingt werben sollen. Das war die Aussage der ÖVP, und das ist ja, wie bereits erwähnt, Ihre Schwesterpartei. Daher noch einmal die klare Frage, wie Sie zur Haltung der EVP stehen.

Petra Guttenberger (CSU): Herr Kollege Adjei, die Betonung auf dem Wort Schwesterpartei finde ich schon ein bisschen merkwürdig. Jeder weiß, dass das Ganze von der Kommission kommt und nicht von einer Fraktion des Europäischen Parlaments.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): Der Kommissar ist nicht die EVP!)

Ich hätte es jetzt auch flapsig ausdrücken können, für Verwandtschaft kann man nichts. Aber hier vergleichen Sie Äpfel mit Glühbirnen. Wenn sich jetzt irgendein GRÜNEN-Kommissar geäußert hätte, dann würde ich Ihr Aufbegehren sogar verstehen, wenn Sie sagen, den kann man nicht der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurechnen. Wir sollten in diesem Hause so viel Niveau und Fairness walten lassen. Es würde mich freuen, wenn Sie fortan das Verbreiten derartige Fake News unterlassen würden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die Staatsregierung der Staatsminister Fabian Mehring. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Fabian Mehring (Digitales): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich melde mich zum Schluss der Debatte zu Wort, um mich zunächst einmal im Namen der Bayerischen Staatsregierung und auch ganz persönlich sehr herzlich zu bedanken. Ich möchte mich einerseits bei den beiden Regierungsfractionen von FREIEN WÄHLERN und CSU dafür bedanken, dass mit diesem Dringlichkeitsantrag nach meinem Dafürhalten ein wichtiges Spotlight gesetzt wird auf ein herausragendes digitalpolitisches Thema, zu dem die Debatte in Brüssel – das ist gerade schon angeklungen – einigermaßen aus den Fugen geraten zu sein scheint.

Ich will mich in gleicher Weise auch sehr herzlich bei den Rednerinnen und Rednern der Oppositionsfractionen bedanken; denn der Plan, den meine Regierungsfraction mit

dem heutigen Dringlichkeitsantrag avisiert hatte, nämlich das gesamte bayerische Parlament hinter eine Sichtweise zu stellen und damit eine klare Botschaft von München nach Brüssel auszusenden, ist aufgegangen. Dafür sage ich vielen herzlichen Dank. Ich halte es für wichtig, an dieser Stelle klar zum Ausdruck zu bringen, dass wir da eine dezidierte Meinung haben.

Sie alle wissen, dass ich bei Gott nicht im Verdacht stehe, zu denjenigen zu gehören, die dazu neigen, in dauerhaftes Brüssel-Bashing abzudriften. Ich habe mich ganz im Gegenteil oft genug an diesem Rednerpult dafür werben hören, dass wir mehr Europa brauchen, um im Bereich der Digitalpolitik mit unseren Mitbewerbern aus Asien und den USA wettbewerbsfähig zu sein. An dieser einen Stelle, in der Frage einer anlasslosen Chatkontrolle hat man sich in Brüssel aber vergaloppiert. Da ist man in Brüssel auf dem Holzweg, und deshalb ist es wichtig, dass wir heute als bayerisches Parlament aus der Herzkammer unserer Demokratie heraus ein klares Stoppschild setzen und das Signal aus München nach Brüssel senden: Wir sind ein freiheitlicher Rechtsstaat, und wir wollen kein digitaler Überwachungsstaat werden. – Deshalb vielen herzlichen Dank, dass das heute fraktionsübergreifend so möglich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir noch eines vornewegzustellen: Sie wissen, ich bin vor wenigen Monaten selbst Papa geworden. Das heißt, Sie dürfen davon ausgehen, dass ich nichts auf der Welt widerlicher finde als Kinderpornografie, dass ich nichts auf der Welt für juristisch verfolgungswerter halte, dass ich nichts für wichtiger halte, als den Tätern insbesondere in diesem Bereich das Handwerk zu legen.

Nichtsdestoweniger sage ich in der gleichen Deutlichkeit, wie ich das zum Ausdruck bringe, auch, dass in einem Rechtsstaat, und der darf nicht nur im analogen Rahmen gelten, sondern muss auch im digitalen Raum gelten, am Ende des Tages niemals der Zweck die Mittel heiligen darf. Wir dürfen niemals auf die Grundrechte pfeifen.

Wir dürfen niemals, auch nicht in Diensten eines noch so hehren Zieles, auf unsere Verfassung pfeifen. Deshalb will ich ganz deutlich zum Ausdruck bringen, dass ich es für entscheidend halte, gerade in einem Land wie unserem, in einem Land, das schon in dunklen Zeiten leider schlechteste Erfahrungen gemacht hat mit der Bespitzelung seiner Bürgerinnen und Bürger durch den Staat, dass gerade in einem solchen Land unzweifelhaft gelten muss: Private Kommunikation, und zwar ganz egal, ob im analogen oder digitalen Raum, muss privat bleiben. Die findet statt zwischen einem Sender und einem Empfänger, und zwischen den beiden hat anlasslos und ohne Richtervorbehalt der Staat nichts, aber auch gar nichts verloren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie erlauben mir, auch die Kolleginnen und Kollegen, die nicht das Vergnügen haben, sich jeden Tag mit Digitalpolitik zu beschäftigen, für unser gemeinsames Anliegen abzuholen und hierfür das Ganze ein bisschen einzuordnen. Ich habe in der Tat in den Medien von einem Skandal – denn das ist es nach meinem Dafürhalten – gesprochen, und das möchte ich auch heute im Bayerischen Landtag so wiederholen.

Was ist da angedacht? – Da ist angedacht – und das muss man sich in der Tat einmal auf der Zunge zergehen lassen – von einigen, die da in Brüssel auf einen Irrweg geraten sind, tatsächlich jedwede private Kommunikation im Sinne eines Generalverdacht gegenüber 450 Millionen Europäerinnen und Europäern, bereits vor der Ende-zu-Ende verschlüsselten Übermittlung zwischen einem Sender und einem Empfänger einem grundsätzlichen Screening durch den Staat zu unterziehen. Kollege Beck hat es dankenswerterweise bereits angesprochen, dass das richtig ist, was Jens Spahn im Bund dazu erklärt hat. Das würde in der Tat bedeuten, dass wir im digitalen Raum, übertragen auf den analogem Raum, in Zukunft jeden einzelnen Brief, der auf dem Postweg versendet wird, zunächst einmal öffnen, staatlicherseits durchlesen und auf potenzielle kriminelle Inhalte screenen und im Anschluss daran den Brief wieder ins Kuvert geben und dann von A nach B bringen. Das halte ich in einem Rechtsstaat tatsächlich für eine skandalöse Vorstellung.

Erinnern Sie sich, Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegin Guttenberger, wie wir diskutiert haben, als es um das Polizeiaufgabengesetz ging, um die Frage Richtervorbehalt und vieles andere mehr? Im digitalen Raum würden wir jetzt auf einmal so tun, als ob das alles keine Rolle spielen würde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das staatliche Mitlesen ohne jeden Anlass und ein Generalverdacht gegenüber allen Menschen in Europa sind mit einem freiheitlichen Rechtsstaat und mit der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar. Das müssen wir nach Brüssel genau so zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Weil ich mich jetzt schon einigermaßen in Rage geredet habe, lasse ich Sie auch daran teilhaben, warum mich das insbesondere als Digital-Staatsminister so sehr ärgert, was da für eine sinnlose und verzichtbare Debatte angezettelt wurde. Es hat damit zu tun, wie Sie alle wissen, dass ich jeden Tag Vollgas dafür gebe, diesen Staat digitaler zu machen, unsere Wirtschaft digitaler zu machen, und ich überzeugt davon bin, dass wir bei der digitalen Transformation umso erfolgreicher sein werden, je besser es uns gelingt, die Menschen mitzunehmen auf diesem Weg in die digitale Zukunft. Deshalb ist es Gift, wenn wir mit solchen sinnbefreiten politischen Debatten selbst dazu beitragen, den Menschen ihr Zutrauen in die digitale Transformation zu nehmen. Die Menschen da draußen müssen das Gefühl haben, im analogen Raum gibt es klare Gesetze, da gibt es einen Artikel 10 des Grundgesetzes zum Kommunikationsgeheimnis, dahinter kann man nur gehen, wenn die nationalstaatliche Ordnung bedroht ist, aber im Digitalen, da spielt das irgendwie keine Rolle, weil es ja digital ist. Da kann der Staat dann einfach mitlesen usw. Meine Damen und Herren, so öffnen wir Tür und Tor für alle Verschwörungstheoretiker und für alle politischen Geschäftemacher, die da draußen unterwegs sind und Zweifel an all diesen Dingen schüren. Deshalb gilt: Wenn wir bei der digitalen Transformation insgesamt erfolgreich sein und die Menschen ins KI-Zeitalter mitnehmen und durch die digitale Zeitenwende bringen wollen, brauchen wir Kreditabilität fürs Digitale. Dazu gehört, dass ein für alle Mal klar

ist: Was im analogen Raum und in der linearen Kommunikation illegal ist, muss auch im Netz kriminell und verfolgbar sein. Ansonsten verlieren wir die Menschen auf dem Weg in die digitale Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen, was wir im Dienste des Kinderschutzes tun müssen. Das ist dankenswerterweise auch schon bei Herrn Kollegen Adjei und Herrn Kollegen Arnold angekommen. Wir brauchen spezialisierte Ermittlerinnen und Ermittler. Wir brauchen internationale Kooperationen, damit Strafverfolgung nicht an nationalstaatlichen Grenzen endet, worüber sich allein die Täter freuen. Wir brauchen mehr Medienkompetenz, um das Nutzerverhalten zu schulen. Wir brauchen moderne Technik. Wir müssen Zukunftstechnologien einsetzen, um dem Missbrauch von Zukunftstechnologien entgegenzuwirken.

Was wir nicht brauchen, ist ein Generalverdacht und ein Dambruch im Sinne eines Bruches mit den Grundrechten unserer Verfassung. Dass ich mit dieser Meinung nicht alleine bin, sondern richtigliege, sehen Sie daran, meine Damen und Herren, dass sich inzwischen sogar der Deutsche Kinderschutzbund geäußert und gesagt hat: Wir als Kinderschutzbund wollen nicht, was die in Brüssel vortragen. Wir halten es für zu weitgehend und für falsch. – Deshalb ist es großartig, wenn das nicht nur die Datenschutzbeauftragte und der Kinderschutzbeauftragte sagen, sondern wenn auch wir als Bayerischer Landtag dazu heute eine glasklare Position beziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich schließe mit der Aussage, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ein moderner Digitalstaat, für den wir im Bayerischen Landtag dankenswerterweise über die Grenzen der Fraktionen hinweg arbeiten, nicht alle Daten seiner Bürger braucht, sondern vor allem das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger, auch in der digitalen Kommunikation. Deshalb muss sich ein solcher moderner Digitalstaat für Kinderrechte einsetzen und diejenigen stellen, die Kinderpornografie verbreiten, ohne jede Frage. Dies muss

uns aber gelingen, ohne im Zuge dessen die Grundrechte über Bord zu werfen. Wir brauchen das Vertrauen der Menschen in diesem Land ins Digitale. Was in Brüssel gerade geschieht, ist genau dafür Gift.

Deshalb vielen herzlichen Dank, dass wir dieses Stoppschild heute fraktionsübergreifend aufstellen und sagen: Auf Bayern ist Verlass, Bayern ist Rechtsstaat wie nirgendwo anders in dieser Republik. Das gilt nicht nur im Analogen, sondern auch im Digitalen. Ich bitte Sie um einen möglichst einstimmigen Beschluss und werde diesen auch zum Anlass nehmen, noch einmal in Kommunikation in Richtung Brüssel zu treten und auch schriftlich davon zu berichten, dass sich dieses Parlament heute mit den kruden Plänen befasst hat und wir, hoffentlich, einstimmig der Auffassung sind, dass das Unsinn und für den Papierkorb ist und dass ein digitaler Überwachungsstaat mit uns nicht zu machen ist. Vielen herzlichen Dank, dass Sie heute dieses Signal geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU auf Drucksache 19/8464 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Ich sehe auch keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.